

# Wochenblatt

für

## Wilsdruff, Tharandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden. Amtsblatt

für das Königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

N. 9.

Freitag, den 31. Januar

1873.

### Verordnung, Maafregeln gegen die Rinderpest betreffend.

Nachdem seit dem letzten in der Nähe der sächsischen Grenze in Böhmen vorgekommenen Rinderpestausbrosche ein Zeitraum von drei Wochen abgelaufen ist, hat das Ministerium des Innern beschlossen, die unter dem 19. November vorigen Jahres für die Grenze von Oberwiesenthal bis Hellendorf angeordnete vollständige Grenzsperrre und den zur Ueberwachung dieser Maßregel gezogenen militairischen Cordons vom 27. dieses Monats an wieder aufzuheben.

Es werden daher die Verordnungen vom 14. und 19. November vorigen Jahres, den Ausbruch der Rinderpest in Böhmen betr. hiermit außer Kraft gesetzt.

Da jedoch in dem nordöstlichen Theile von Böhmen die Rinderpest noch nicht völlig erloschen ist, so dürfen auch ferner bis auf Weiteres aus Böhmen nach Sachsen nicht ein- und durchgeführt werden:

Rindvieh aller Art, Schafe und Ziegen; ferner frische (auch gestorbene) Rindshäute, Hörner und Klauen, Fleisch, Knochen, Talg, wenn letzteres nicht in Fässern, ungewaschene Wolle, welche nicht in Säcken verpackt ist, und Lumpen.

Schweine dürfen nur in Etagewagen eingeführt werden.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden nach § 328 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Gefängniß bis zu Einem Jahre beziehentlich bis zu zwei Jahren bestraft.

Dresden, den 25. Januar 1873.

Ministerium des Innern.  
v. Rositz-Wallwitz.

Jochim.

### Tagesgeschichte.

Dresden, 27. Januar. Für den Exkaiser Napoleon hat der hiesige Hof (dem für das Ableben von Kaisern und Königen geltenden Regulative gemäß) gestern auf drei Wochen Trauer angelegt.

Es bestätigt sich, daß die Regierung beschlossen hat, das Volksschulgesetz zu publiciren, da in der 2. Kammer nicht die nach § 92 der Verfassungsurkunde zur Verwerfung erforderliche Zweidrittelmajorität, sondern nur eine Majorität von 4 Stimmen gegen dasselbe gestimmt hat.

Der Stadtrath von Dresden hat die Errichtung eines Siegesdenkmals auf dem Albertplatz in Form eines Obelisk in Vorschlag gebracht. Die Namen der im letzten Kriege gefallenen Dresdner sollen darauf verzeichnet werden.

Freiberg. Der „F. A.“ berichtet: Als ein Beweis, daß auch in unserer Gegend die Wildddieberei geübt wird, mach folgender Vorfall dienen: Der Unterförster Petasch in Niederschöna ging am Sonntag früh mit dem Zeichenschläger in den Wald. In demselben stießen sie auf zwei anständig gekleidete Männer, von denen der eine mit einem Gewehr bewaffnet war, das er auf den Unterförster anlegte. Unerfrohen that letzterer ein Gleiches und rief den Wildddieber zu die Gewehre wegzuerwerfen, sonst würde er schießen. Die darauf die Flucht ergreifenden Männer wurden von Herrn Petasch verfolgt und auch wirklich einer von ihm festgehalten. In diesem Augenblicke ertönte aus dem Dickicht der Ruf: „Laß ihn los, oder ich schieße!“ Kurz darauf bligte es auch wirklich aus dem Gebüsch und der Schuß erfolgte ohne glücklicherweise den pflichttreuen Beamten, der sofort wieder sein Doppelzeug in das Gebüsch abfeuerte, zu treffen. Den Augenblick der Bestürzung wahrnehmend, riß sich der Wildddieb los und entschwand sofort den Augen des Försters. Leider ist es bis jetzt noch nicht gelungen, die Thäter zu erörtern.

Leipzig, 27. Januar. Der gestrige Sonntagmorgen wurde durch das die Straßen durchlaufende Gerücht, daß in der Nacht zuvor auf dem Markte ein junger Mann erstochen worden sei, auf peinliche Weise getrübt. Leider bestätigte sich bei näherer Erkundigung diese Nachricht dahin, daß beim Heraufkommen aus dem am Markte gelegenen, des Nachts sehr frequentirten Schwarze'schen Bierkeller ein 22 Jahre alter, von seiner Geliebten, einer hiesigen Näherin, begleiteter Holzbildhauer mit anderen jungen Leuten, welche sich einige Frechheiten gegen das Mädchen erlaubt haben sollten, in Streit gerathen war, dabei ein Einschlagemesser gezogen und dasselbe einem seiner Gegner, einem 19jährigen Markthelfer, in die Brust gerannt hatte. Obgleich die ziemlich stumpfe Waffe nicht tief eingedrungen war, ist der Getroffene doch sofort zusammengebrochen und auf dem unmittelbar nach der That bewirkten Transport nach der nahegelegenen Polizeiwache verschieben. Dem Vermuthen nach ist das Herz oder

eine der großen Arterien getroffen gewesen. Der Thäter, welcher bis dahin unbekannt war, hatte mit seiner Begleiterin die Flucht ergriffen, er ist aber gestern bereits von der Polizei ermittelt und verhaftet worden. Wie erzählt wird, soll er sich, als er vernommen, daß die Polizei auf ihn, als den Thäter, fahnde, selbst gestellt haben.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Die vielfachen ernstesten Aufgaben, welche des Reiches warten, machen es nothwendig, daß der Reichstag im Monat März zusammentritt. Bis dahin dürfte der preussische Landtag zu einem Abschluß seiner Session, die von hervorragender Wichtigkeit ist, allerdings nicht gelangt sein; es ergebe sich also eine unliebsame Collision. Aber die Arbeiten des Reichstags dulden keinen Aufschub. So schwierig, namentlich für diejenigen Abgeordneten, welche durch Uebernahme von Mandaten in beiden Körperschaften freilich ihrer eigenen Leistungsfähigkeit ein gewisses Zeugniß ausgestellt haben, das Nebeneinandertagen von Reichstag und Landtag in Berlin unzweifelhaft sein wird, so ist es doch nicht unausführbar, liegt doch keine Unmöglichkeit vor. Und an den Gedanken werden wir Deutsche uns zu gewöhnen haben, daß das Reich die Vorhand hat und daß die partikularen Interessen, selbst wenn sie so werthvoll und von so allgemeiner Bedeutung sind, wie die von unserem Landtage gegenwärtig wahrzunehmenden, nicht im Vordergrund der Entscheidung sich bewegen. Gerade wir Preußen wollen damit ein Beispiel geben, daß uns in erster Linie Deutschland steht und in zweiter Linie Preußen. Wenn wir dem Reiche die Ehre geben, die es erfordert, dann wird solchem Beispiel zu folgen sich kein deutscher Staat versagen wollen. Was dagegen Preußen nicht leistet, das wird man von dem kleinsten Staate nicht verlangen dürfen, noch durchsetzen können. So bewähre sich denn das alte Sprichwort: „Deutschland über Alles.“

Unter den Gründen, weshalb der deutsche Reichstag bis zum 10. März berufen werden soll, steht nicht an letzter Stelle die finanzielle Lage des Reiches, d. h. nicht sein Mangel, sondern sein Ueberfluß an Geld. Bekanntlich ist von Frankreich die dritte Milliarde im December vollständig abgetragen, von der vierten Milliarde sind am 16.—18. Januar 150 Millionen bezahlt, und weitere monatliche Raten von 200 Millionen sind, wenn auch nicht offiziell, in Aussicht gestellt. Man hofft in Frankreich, bis Ende Mai die vierte Milliarde getilgt zu haben, und trägt sich in neuester Zeit mit dem Gedanken, auch für die fünfte Milliarde statt der Garantien Baarzahlung zu leisten. Wenn auch die letztere Absicht wohl nicht so rasch ausgeführt werden wird, so sind doch sehr bedeutende Summen theils im Besitze der Reichsregierung, theils in Aussicht, über welche durch Reichsgesetz verfügt werden muß. Es handelt sich zunächst um die Anweisung der Mittel für die allgemeinen Reichszwecke (z. B. Sorge für die Kriegsinvaliden). Der Reichstag wird also mit höchst bedeutsamen Finanzvorlagen zu thun bekommen.